



INHALT

- 2 MIT Nordrhein-Westfalen**
Hendrik Wüst ist Mister 100 Prozent der MIT NRW
Geselliger Jahresempfang der MIT an Bord der „MS Beethoven“
Neue Kreisvorsitzende gewählt
- 4 MIT Niedersachsen**
MIT startet Umfrage zur Landtagswahl 2022
Holger Bormann einstimmig als Kreisvorsitzender wiedergewählt
- 5 MIT Baden-Württemberg**
MITeinander gegen Bürokratie
- 6 MIT Hamburg**
Zupacken für Hamburgs Mittelstand
- 7 MIT Rheinland-Pfalz**
MIT-Kreisverbände reaktivieren und stärken
- 7 MIT Bayern**
Franz Josef Pschierer MdL im Amt bestätigt
- 8 MIT Thüringen**
Zwischen politischem Wandel und Cybercrime
- 9 MIT Sachsen**
Sachsen-MIT stellt Sylke Jennewein vor
- 10 MIT Schleswig-Holstein**
Höhere Wertschöpfung durch mehr Wertschätzung
- 11 MIT Hessen**
Der Held eröffnet stets die Story
- 12 MIT Bremen**
Migranten für den deutschen Arbeitsmarkt

Hendrik Wüst ist Mister 100 Prozent der MIT NRW

Nordrhein-Westfalen. Eine Woche nach einer verlorenen Bundestagswahl zu tagen, legt natürlich einen ganz besonderen Fokus auf einen Landesmittelstandstag des größten Landesverbandes. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion Nordrhein-Westfalen traf sich aufgrund der anhal-

Christian Kullmann, um mit Wüst über die Zukunftschancen des Industriestandortes zu diskutieren.

Und seine MIT stand geschlossen hinter Hendrik Wüst und setzte damit ein dickes Ausrufezeichen hinter die Personalfrage der CDU Nordrhein-Westfalen. Hendrik Wüst wur-

Josef Laumann in einer Videobotschaft – die Personalie Wüst vehement. Es zeigt sich, dass die MIT ihre Aufgabe eines Generationenwechsels bereits vor etwa zehn Jahren erfüllt hat und nun wirklich tolle Persönlichkeiten zu bieten hat, um die CDU wieder auf Kurs zu bringen in



Fotos: MIT NRW/Rochlitzer, Wankum, CDU NRW/Sondermann

Erst ein voller Erfolg beim Landesmittelstandstag – dann ein wunderbarer Landesparteitag und trotzdem will die MIT NRW noch mehr von dieser Stimmung.

tenden Coronapandemie mit etwas reduzierter Gästezahl in der Stadthalle der münsterländischen Stadt Rheine.

Es sollte ein ganz besonderer Tag für den Landesvorsitzenden der MIT, Hendrik Wüst, werden. Der 47jährige Jurist und Verkehrsminister im Kabinett Laschet, der die MIT seit 2013 führt, wurde vor Ort schon als wohl aussichtsreicher Kandidat für eine schnelle und klare Nachfolgeregelung in Bezug auf das Amt des Ministerpräsidenten und des CDU-Landesvorsitzenden gehandelt. Deswegen waren ZDF, WDR, dpa und viele andere Pressevertreter besonders gespannt auf seine Aussagen und seine erneute Wahl zum Chef des Wirtschaftsflügels der Union in NRW. Gekommen war auch der Chef des Verbandes der Chemischen Industrie,

de bei hunderten abstimmenden Delegierten mit 100 Prozent wiedergewählt. Ein Votum, welches bisher noch nie in der Geschichte der MIT NRW zustande kam. Gerührt über dieses Ergebnis und dankbar für das Vertrauen machte Hendrik Wüst seiner MIT nach dem niederschmetternden Ergebnis wieder Mut: „Jetzt heißt es durchstarten – für das Land nach der Pandemie und für die CDU im Hinblick auf die kommende Landtagswahl im Mai 2022.“ Der anhaltende Applaus nach seiner Rede machte klar, dass die Partei sich nach solchen Aufbruchsignalen sehnt, schnelle und klare Entscheidungen zur Neuaufstellung erwartet. Auch Carsten Linnemann sprach den Delegierten in einem kämpferischen Vortrag aus der Seele und unterstützte – genauso wie der CDA-Bundesvorsitzende Karl-

den kommenden Jahren. „Trotz der sicherlich schwierigen Lage ging von Rheine aus ein Signal der Geschlossenheit und des Optimismus aus“, bilanzierte der MIT-Landesgeschäftsführer Stefan Simmnacher den Mittelstandstag.

Einige Wochen später bestätigte die CDU diese Sichtweise, und erstmalig in der Geschichte der MIT NRW wurde ein Mittelstandspolitiker Ministerpräsident des Landes NRW und CDU-Vorsitzender im größten Landesverband der CDU mit über 100 000 Mitgliedern. Aber auch inhaltlich bleibt die MIT am Ball. Von der kleinen Bauvorlageberechtigung bis hin zur steuerlichen Absetzbarkeit von Elementarschadenversicherungen beschloss man in Rheine zahlreiche Positionen, die teilweise auch beim Bundesmittelstandstag eingebracht werden sollen.

Geselliger Jahresempfang der MIT an Bord der „MS Beethoven“



Geehrt und beschenkt wurde Dr. Dr. hc. Peter Spary (rechts) durch den Vorsitzenden Peter Ibbeken (links) für 50 Jahre Mitgliedschaft in der MIT.

Bonn. Die MIT Bonn hat ihren Jahresempfang auf der MS Beethoven gefeiert. Gut 40 Gäste und Mitglieder versammelten sich auf dem Rheinschiff. Der Vorsitzende der MIT, Peter Ibbeken, begrüßte die Gäste und konnte bei der Gelegenheit Dr. Dr. hc. Peter Spary zu seiner 50-jährigen MIT-Mitgliedschaft herzlich gratulieren. Der Jubilar ließ es sich nicht nehmen, selber ein paar Worte an die Zuhörer zu richten. Er betonte, dass die MIT allen Grund zum Optimismus habe. Mit Hendrik Wüst sei der Vorsitzende der MIT Nordrhein-Westfalen gerade zum Ministerpräsidenten gewählt worden, während auf Bundesebene Carsten Linnemann eine wichtige Rolle bei der Neuaufstellung der Partei spielen könnte. Ein kurzes Grußwort hielt der stellvertretende Vorsitzende

der CDU Stadtratsfraktion, David Lutz, in Vertretung des aufgrund einer Landtags Sitzung verhinderten Guido Déus. Er gab einen Einblick in die aktuellen wirtschaftspolitischen Themen im Stadtrat. Gastredner des Abends war der gut aufgelegte ehemalige Bundestagsabgeordneter Oswald Metzger. Er schilderte seinen Weg von der SPD unter Willy Brandt zu den Grünen und später zur CDU. Aufbauend auf seinem klaren ordnungspolitischen Kompass analysierte er die Lage kritisch. Der Unternehmer genieße heute in breiten Schichten der Gesellschaft keinen guten Ruf. Das gehe soweit, dass der Staat der beliebteste Arbeitgeber ist, und dass in Fernsehkrimis der Unternehmer meist als rücksichtsloser Egoist und Krimineller dargestellt werde. In der Realität seien es aber die Unternehmer, die Arbeitsplätze schaffen, Lösungen für viele Probleme entdecken und anbieten könnten und darüber hinaus mit ihren Steuern und Abgaben einen wesentlichen Teil der Finanzierung des Gemeinwesens leisten würden. Die Politik der letzten Jahre kritisierte Metzger scharf. Auf vielen Feldern seien heute die Probleme nicht gelöst, sondern ideologisch aufgeladen. Zum Beispiel beim Thema mangelnder Wohnraum in Großstädten, bei der Energie- und Verkehrswende, auch in der Geldpolitik und beim Asylrecht. Metzger prognostizierte eine Krise der Demokratie, wenn Probleme verschleppt würden und Kosten auf den Schultern von Unternehmern abgeladen würden. Unternehmer, insbesondere mittelständische Unternehmer als das Rückgrat der deutschen Wirtschaft seien für die erfolgreiche Bewältigung der Herausforderungen mit ihrer Kreativität und ihrem unternehmerischen Sinn nötiger denn je.

Neue Kreisvorsitzende gewählt

Solingen. Die Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstands (PKM) der CDU-Landtagsfraktion, Angela Erwin MdL, besuchte gerne die Mitgliederversammlung in Solingen und sprach zu den anwesenden Mittelständlern. Ein ganz herzliches Dankeschön ging an den bisherigen Vorsitzenden Waldemar Gluch, der nach sechs Jahren den Vorsitz abgab und in seinem Geschäftsbericht vom Innovationspreis der MIT Solingen bis zu den gut angenommenen Bayerischen Abenden vor Corona viel zu berichten hatte. Die MIT in Solingen wird nun nach den

Neuwahlen von Gerlinde Steingrüber geführt, und damit erhöht sich auch im Kreise der Gliederungsvorsitzenden die Anzahl der weiblichen Führungskräfte der MIT NRW. Insgesamt war die Stimmung ob des großen MIT-Erfolgs, dass nun Hendrik Wüst die CDU Nordrhein-Westfalen führt und Ministerpräsident ist, sehr gut. Auch Angela Erwin berichtete von einer fühlbaren Aufbruchstimmung in der Landtagsfraktion und der MIT und damit einem guten Auftakt in den sicherlich schwierigen Landtagswahlkampf. Die ebenfalls teilnehmenden Wolfgang



Gerlinde Steingrüber, vorne links, führt nun die MIT Solingen.

Leyendecker (Bezirksvorsitzender der MIT) und Sebastian Haug (CDU-Vorsitzender) freuten sich über den Neustart der MIT nach Corona in Solingen und gratulierten nicht nur Gerlinde Steingrüber, sondern auch ihrem insgesamt neunköpfigen Vorstand.

MIT startet Umfrage zur Landtagswahl 2022



Jetzt geht es auch auf dem Land mit dem Breitbandausbau weiter – aber reicht das für eine baldige Vollversorgung?

Niedersachsen. Zu Fragen zum Bürokratieabbau oder zur Digitalisierung, etwa wie es um Glasfaseranschluss oder Netzstatus in den jeweiligen Kommunen steht, können alle niedersächsischen MIT-Mitglieder ihre Meinung in einer aktuellen Meinungsumfrage kundtun. „Diese Mitgliederbeteiligung soll vor allem dazu dienen, der Landes-CDU aufzuzeigen, welche Themen aus Sicht des Mittelstandes wichtig für die Landtagswahl am 9. Oktober 2022 sind“, betont MIT-Vorsitzender Holger Bormann. Landesgeschäftsführer Steffen Preugschat ergänzt: „Wir sammeln die online eingereichten Vorschläge und werden sie gebündelt an das Wahlkampfteam weiterleiten. Wir sind im ständigen Austausch mit der CDU in Niedersachsen.“

In den weiteren Fragekomplexen geht es unter anderem um Straßenausbaubeiträge, Förderung des ländlichen Raums und Ausstattung von Schulen.

Die Mitglieder können sich darüber hinaus für das Mitwirken in neu eingerichteten Arbeitsgruppen (Digitalisierung, Landwirtschaft, Nachwuchs- und Fachkräftemangel, Mobilität, Klimawandel und Energie sowie Finanzen und Steuern) anmelden. Außerdem können sie beschreiben, was ihnen in der Mittelstandsunion wichtig ist.

Die aktuellen Fragen sind zu finden unter: www.mittelstand-niedersachsen.de/umfrage.



Foto: privat

Holger Bormann

Holger Bormann einstimmig als Kreisvorsitzender wiedergewählt

Wolfenbüttel. Mehr Vertrauensbeweis geht nicht: Holger Bormann, seit Juli Chef der MIT Niedersachsen, wurde als Vorsitzender seines MIT-Kreisverbandes Wolfenbüttel einstimmig im Amt bestätigt. Bei der Versammlung am 10. November im Restaurant „Herzog Heinrich´s“ in Wolfenbüttel votierten alle 50 anwesende MIT-Mitglieder für den selbständigen Automobilkaufmann, der nunmehr seit 2009 den 1983 gegründeten und sehr aktiven Kreisverband leitet.

Dem Verband gehören knapp 250 Mitglieder an. Sie sind eine gesunde Mischung aus Jung und Alt. Legendär sind die Neujahrsempfänge. „Hoffentlich macht uns Corona im nächsten Jahr nicht wieder einen Strich durch die Rechnung“, hofft Bormann.

Dass es mit seiner Kandidatur für den Bundestag nicht geklappt hat, sieht Bormann eher sportlich, lag doch sein persönliches Stimmenergebnis weit über dem Bundesdurchschnitt.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden gewählt: Philipp Cantauw, Markus Eimecke, Andreas Höfener und Steffen Masche. Wolfgang Gürtler ist erneut der Schatzmeister. Klaus Stützer ist neuer Schriftführer. Zu Beisitzer im Vorstand wurden gewählt Andrea Bordan, Dirk Marske, Florian Rehm, Michael Tomerius und Wolfgang Ulrich.

Die Vorstandswahlen leitete Landesgeschäftsführer Steffen Preugschat. Zum Abschluss wurde bei Braunkohl und Kohlwurst in gemütlicher Runde über tagesaktuelle Dinge diskutiert, vor allem ging es um die Vorstandswahl des oder der CDU-Bundesvorsitzenden. Die Band zKlangAffäre untermalte mit Live-Musik den gemütlichen Abend.



Foto: MIT Wolfenbüttel

Der neue MIT-Vorstand vom Kreisverband Wolfenbüttel (v.l.n.r.) von Klaus Stützer, Dirk Marske, Wolfgang Ulrich, Andrea Bordan, Tilo Geipel, MIT-Chef Holger Bormann, Steffen Masche, Michael Tomerius, Philipp Cantauw, Andreas Höfener und Wolfgang Gürtler freuten sich über die Wahlergebnisse. Es fehlen Markus Eimecke und Florian Rehm.

Miteinander gegen Bürokratie

Baden-Württemberg. Der Antrag der MIT Baden-Württemberg im Herbst 2018 war klar formuliert – Bürokratiekosten korrekt berechnen und konkrete bürokratische Hemmnisse engagiert abbauen. Die Reaktion der CDU-Antragskommission zum Landesparteitag in Rust desselben Jahres war jedoch ebenso klar: Antrag erledigt durch das Bürokratienteilungsgesetz. Eine Aussage, die Unternehmer gleich doppelt verwundert. Zum einen, da wir die Bürokratie nach wie vor in steigendem Maße erleben und zum anderen, da es gerade die CDU ist, die das Thema in jedem Wahlkampf aufs Neue präsentiert.

Tatsächlich keine spürbare Entlastung

In der Tat hat sich der Bund, auf Landesebene neben Sachsen auch Baden-Württemberg, das Thema Bürokratieabbau mehrfach auf die Tagesordnung gesetzt. Mit dem Bürokratienteilungsgesetz I (BEG I) von 2015 und dem BEG II von 2017 sollte die Mammutaufgabe gelingen. Dem Statistischen Landesamt zufolge entlastete der Bund 2019 die Wirtschaft tatsächlich um rund 943 Millionen Euro, im Jahr davor um 404 Millionen. 2020 stiegen die Kosten wieder aufgrund der Covid-Maßnahmen.

Doch betrachtet man den Gesamtzeitraum seit 2012, als die erste Gesetzesvorlage erarbeitet wurde, so stiegen die Bürokratiekosten für die Wirtschaft, wiederum laut Statistischem Bundesamt, um über 3,15 Milliarden Euro. Das BEG III, das 2018 verhandelt wurde und wirkliche Entlastungen und Modernisierungsschritte bringen sollte, erledigte sich nun durch Zeitablauf und offenbarte eine weitere wirtschaftspolitische Baustelle der CDU, die sie nie in den Griff bekam.

Vor diesem Hintergrund besuchte Dr. Gisela Meister-Scheufelen,

Landesvorsitzende des Normenkontrollrats, den Landesvorstand der MIT.

Der Normenkontrollrat ist ein unabhängiges Expertengremium, das die Landesregierung in Sachen Bürokratieabbau, Bürokratiefolgen und Bürokratiekosten berät. Dr. Meister-Scheufelen bestätigte hierbei die Eindrücke des Mittelstands, dass trotz Abbaubemühungen die bürokratischen Belastungen für den Mittelstand immer größer würden. Dieser Trend verstärkte sich zudem 2020 vor dem Hintergrund der Covid-Pandemie. Vor allem im Bereich der Verwaltung seien die Prozesse noch nicht so verschlankt und digitalisiert, wie sie sein sollten – was wiederum zu Mehraufwand und Kosten bei mittelständischen Betrieben führen würde.

Mittelstand als Motor der Marktwirtschaft

Der Landesvorstand der MIT Baden-Württemberg forderte konkrete Ansätze für Bürokratieabbau, die keine ausufernden Gesetzestexte, sondern einfach nur politischen Willen und Vernunft voraussetzten.

Neben der Digitalisierung der Kommunikationswege wurden auch Punkte genannt wie die Abschaffung mehrfacher Meldungen für Statistiken, der Wegfall der Vorausmeldung der Sozialversicherung oder die Vereinfachung von Antragsverfahren.

So erhielt Dr. Meister-Scheufelen nicht nur einen Blumenstrauß als Dank für ihren Besuch, sondern auch einen bunten Strauß von Vorschlägen, Land und Bund fit zu machen für den globalen Wettbewerb. Denn, so die Aussage der MIT, die Verwaltung braucht Regeln, die für alle gleich gelten, doch wenn Regelungen zu Hemmnissen und überbordenden Kostenfaktoren werden, dann muss man handeln.



Fotos: MIT BaWü

Besuch des Normenkontrollrats BaWü

Und handeln wird die MIT Baden-Württemberg umgehend. Den Mitgliedern wird eine Möglichkeit gegeben, in ihren Kreisen und im direkten Austausch mit ihren Abgeordneten ihre Anliegen mit bürokratischen Hürden zu diskutieren. Die in diesem Prozess erarbeiteten Inhalte werden zudem die Basis für die zukünftige inhaltliche Arbeit der MIT innerhalb der CDU sowie in ihren Netzwerken nach außen sein. Jetzt geht es nicht mehr um die Selbstbeschäftigung der Politik, sondern um die Lösung der konkreten Probleme und Anliegen der Unternehmen und damit auch der Menschen in diesem Land.

Zupacken für Hamburgs Mittelstand

Hamburg. Drei Tage nach der für die Union insgesamt missratenen Bundestagswahl hielt der Landesverband Hamburg am 29. September 2021 seine turnusmäßige Mitgliederversammlung in Präsenz ab. Der Saal war entsprechend gut gefüllt, als der CDU-Landesvorsitzende und MIT-Mitglied Dr. Christoph Ploß MdB zum Thema „Deutschland und Hamburg nach der Wahl“ sprach. Anschließend erfolgte

ne geleistete Arbeit. Ebenso dankte er Thomas Klömmner, der bis März 2021 mehr als 14 Jahre lang als Landesgeschäftsführer der MIT Hamburg tätig gewesen war.

Nach den obligatorischen Prüfberichten und der Entlastung des bisherigen Vorstands stand eine Satzungsänderung auf der Tagesordnung: Sie wurde im Wesentlichen erforderlich, um die Umbenennung von „Ham-

Bundesmittelstandstag zu bestimmen: Neben Dr. Philipp Steinwärdner, der dem MIT-Bundesvorstand angehört, entsendet Hamburg Prof. Dr. Götz Wiese, Reinhard Stuth, Volker Tschirch, Dr. Antonia Goldner, Michael Semder und Dr. Lukas Lindner.

Der frisch wiedergewählte Landesvorsitzende Wiese dankte den Mitgliedern des alten und neuen Landesvorstands für ihr Engagement: „Mit der konzeptionellen Arbeit im Landesvorstand haben wir in den vergangenen Jahren wichtige Impulse für den Mittelstand gesetzt – für den Hamburger Hafen, für Einzelhandel und Gastronomie in Zeiten von Corona bis zu Fachthemen im Bereich Handwerk, Energiewirtschaft und Digitalisierung. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen.“

Von der Mitgliederversammlung ging eine spürbare Aufbruchstimmung und neue Dynamik aus – ein Eindruck, der sich auf der konstituierenden Sitzung des neuen Landesvorstands am 10. November klar bestätigte. Einig war man sich, dass die wichtige Arbeit der MIT Hamburg auf mehr tätige Schultern verteilt werden müsse: um noch mehr Schlagkraft in der Breite, aber auch ein Plus an inhaltlicher Tiefe zu erreichen. Hieran arbeitet der Landesvorstand zurzeit mit Nachdruck. Bedarf ist zweifellos genug vorhanden: „Nicht erst seit der Corona-Pandemie schultern Mittelstand und Familienunternehmen immer weitere Lasten“, so Götz Wiese. „Die MIT Hamburg sucht das Gespräch mit Unternehmerinnen und Unternehmern, Kammern, Verbänden und mit der Politik, um die Interessen der mittelständischen Wirtschaft in Hamburg zu vertreten. Ob Handwerker, Freiberufler, Händler, Start-up-Gründer, Gewerbetreibende oder andere Berufsbilder: Der Mittelstand in Hamburg und in Deutschland braucht eine starke Stimme!“



Foto: MIT Hamburg

Der neue Hamburger Landesvorstand konstituiert sich in einer Sitzung nach zG-Vorgaben.

eine intensive Aussprache zum Abschneiden von CDU/CSU und zu den weiteren Perspektiven.

Bedingt durch die Corona-Pandemie war der ursprünglich für Ende 2020 geplante Landesmittelstandstag verschoben worden. Erfreulich: Seit dem Amtsantritt des Landesvorsitzenden Prof. Dr. Götz Wiese Ende 2018 konnte ein weiterer Rückgang der Mitgliederzahlen gestoppt werden. Wiese berichtete von vielen Gesprächen, vielfältig erfahrenem Zuspruch und referierte über zurückliegende Schwerpunkte und Veranstaltungen.

Wiese, der seit März 2020 auch für die CDU in der Hamburgischen Bürgerschaft sitzt, dankte dem bisherigen Landesvorstand herzlich für sei-

burger Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU“ in „Mittelstands- und Wirtschaftsunion Hamburg“ auch formell zu vollziehen sowie Straffungen im Regularium vorzunehmen. Nach kurzer Diskussion fand die neue Satzung die Zustimmung der anwesenden Mitglieder.

Kernpunkt des Abends waren naturgemäß die anstehenden Neuwahlen für den Landesvorstand. Mit 92,3 Prozent der Stimmen wurde Götz Wiese (55) wiedergewählt. Neue stellvertretende Vorsitzende sind Dr. Antonia Goldner (39) und Michael Semder (38). Schatzmeister bleibt Dr. Philipp Steinwärdner (54), neuer Mitgliederbeauftragter ist Hauke Harders (38). Zudem wurden neun Beisitzer gewählt. Ebenso galt es, die Delegierten zum

MIT-Kreisverbände reaktivieren und stärken

Rheinland-Pfalz. Die MIT Rheinland-Pfalz baut die Arbeit der Kreisverbände systematisch aus. Sichtbar wurde das beispielhaft am 26. Oktober, als der Kreisverband Bad Kreuznach zu seiner Mitgliederversammlung zusammentrat. Bernhard Mayer, Inhaber eines alteingesessenen Handelsunternehmens in der Kreisstadt hatte die Aufgabe übernommen, den Kreisverband, um den es still geworden war, wieder in Schwung zu bringen. Das ist ihm mit seiner Mannschaft gelungen. Die MIT ist im Kreis präsent, hat kräftige Duftnoten bei wirtschaftspolitischen Themen im Landkreis gesetzt und ihre Verankerung im regionalen Mittelstand gestärkt. Mit dieser Bilanz konnte Bernhard Mayer die Verantwortung nun an einen Nachfolger übergeben. Mit Wunibald Böhmer, Sozius einer Wirtschaftskanzlei als neuem Kreisvorsitzenden, seinem Vorgänger als Stellvertreter und Axel Hill, Andreas Ebisch Gregor Sickel und Hasan Sirel steht eine Mannschaft zur Verfügung, die auf der Erfolgsspur weitermacht.



Foto: MIT Rip

Der neue MIT-Kreisvorstand mit Gästen: v.l.: Axel Hill, Andreas Ebisch, Bernhard Mayer, Kreisvorsitzender Wunibald Böhmer, Beigeordneter Markus Schlosser, CDU-Vorsitzende Erika Breckheimer, Hasan Sirel und Dr. Helmut Martin MdL.

Die Zukunft der regionalen Wirtschaft war das Hauptthema der Veranstaltung. Mit Dr. Helmut Martin MdL, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion und Wahlkreisabgeordneter, Markus Schlosser, als Beigeordneter der Stadt Leiter der Wirtschaftsförderung und der CDU-Vorsitzenden der Stadt, Erika Breckheimer, waren dafür als Entscheidungsträger die richtigen Gesprächspartner. Für Stadt und Landkreis eröffnen sich neben den traditionellen industriellen und mittelständischen Standbeinen neue Chancen durch die anhaltende

Ausdehnung der Metropolregion Rhein-Main bis in das Nahetal. Die Verkehrs- und Flächenerschließung, die Datenetze und attraktive Wohnumfelder würden als wirtschaftspolitische Voraussetzungen beraten. Als Teil der Opposition in Bund und Land muss die MIT die Chance nutzen, in den Regionen konkret mitzugestalten. Die MIT Rheinland-Pfalz wird deshalb die Stärkung der kommunalen Basis in den kommenden Jahren zu einer Hauptaufgabe machen, erklärte MIT-Landesvorsitzender Gereon Haumann in seiner Grußbotschaft.

Franz Josef Pschierer im Amt bestätigt

Bad Aibling. „Ja zur nachhaltigen Wirtschaft – Ja zur Zukunft!“ Unter diesem Motto traf sich die Mittelstands-Union Bayern (MU) zu Ihrer Landesversammlung am 6. November 2021 im oberbayerischen Bad Aibling. Im gleichnamigen Leit Antrag bekannten sich die Delegierten unter anderem zur Reduktion von Bürokratie durch eine praxisnahe Umsetzung, zu einer Verwaltung, welche sich als Dienstleister der Bürger sieht, gegen neue Steuererhöhungen und zusätzliche Belastungen der Unter-

nehmen. Außerdem darf die Dekarbonisierung durch Produktionsverlagerungen zugunsten der deutschen Klimabilanz nicht zur Deindustrialisierung Deutschlands führen. Für die zukünftige politische Arbeit forderte die MU von der Union mehr Kontroverse in der Debattenkultur, eine klare Orientierung der politischen Ziele am Mittelstand und mehr Realismus. Die Expertise, welche in der MU vertortet ist, wolle sie stärker in die parteiinterne Diskussion einfließen lassen.



Foto: MIT Bad Aibling

MIT-Landesvorsitzender Franz Josef Pschierer MdL, die Bayerische Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach MdL, und der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Bürokratieabbau, Walter Nussel MdL.

Als Ehrengast durfte die MU die Bayerische Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach MdL, begrüßen. Sie stellte in Ihrem Grußwort die hohe Bedeutung der Digitalisierung für

die mittelständische Wirtschaft heraus. Als Innovationstreiber seien die Unternehmen nicht allein auf eine gute Infrastruktur angewiesen. Sie sprach sich für eine praktikable Anwendung des Datenschutzes aus und für einen Digitalisierungsschub in den Verwaltungsbehörden. Die digitale Unternehmensakte sei ein wichtiger Schritt hin zu weniger Bürokratie.

Auch der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Bürokratieabbau, Walter Nussel MdL, begrüßte dies. Daneben kritisierte er vor allem die Langwierigkeit von Baugenehmigungsverfahren. Diese gelte es zu beschleunigen. Auch hier könne mit einer digitalen Lösung in Form einer digitalen Bauakte Abhilfe geleistet werden.

Nachdem aufgrund der Coronapandemie eine turnusgemäße Neu-

wahl des Landesvorstands im Jahr 2020 nicht durchführbar war, wurde die Wahl heuer nachgeholt. Der Landesvorsitzende Franz Josef Pschierer MdL, wurde mit 83 Prozent der abgegebenen Stimmen im Amt bestätigt. An der Landesversammlung nahmen rund 120 Delegierte teil. Die Veranstaltung wurde unter strikter Einhaltung der geltenden Hygieneverordnung durchgeführt.

Thüringen

Zwischen politischem Wandel und Cybercrime

Tambach-Dietharz. Hauptthema des diesjährigen Landesmittelstandstages Thüringen war die politische Situation in Bund und Land.

Die in Thüringen im Bundesvergleich überdurchschnittlichen Verluste von sieben der bisher acht Direktmandate sind auf Fehler sowohl auf Bundes- als auch auf Landese-

ten Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten und die abgesagte Landtagswahl dazu. In Thüringen stehen 2022 die Wahlen der ehrenamtlichen Bürger- und Oberbürgermeister und 2024 neben der Landtagswahl im Herbst bereits im Frühjahr Kommunal-, Landkreis- und im Juni Europawahlen an. Unsere bisherige Stärke der Vielzahl von CDU-MIT-Mitgliedern als kommunale Mandatsträger, unsere Thüringer kommunale Familie, ist in Gefahr. Höchste Zeit, das Ruder wieder rumzureißen und zwar gemeinsam.

Der Thüringer CDU-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Christian Hirte stand den Delegierten für eine intensive Diskussion zur Verfügung. In der Aussprache wurde eine stärker an den Bedürfnissen der Basis ausgerichtete Wirtschaftspolitik mit einer Anpassung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes, einer mittelstandsfreundlichen Energiepolitik und Abschaffung der EEG-Umlage und erneut eine Entbürokratisierung des Vergaberechts eingefordert.

Neben der politischen Aussprache steht traditionell auch immer ein aktuelles, mittelstandspolitisches Thema auf der Agenda der Thüringer Landesmittelstandstage. In diesem Jahr konnte mit Kriminaldirektor Manuel Nolte aus dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales ein ausgewiesener Experte zum Thema: „Cybercrime – Eine Lagebeurteilung aus polizeilicher Sicht“ gewonnen werden.

Er schilderte anschaulich den dramatischen Anstieg von Straftaten, die sich gegen das Internet, Datennetze und informationstechnische Systeme richten. Auch wenn die polizeiliche Kriminalstatistik in Thüringen nur 2904 Cybercrime Fälle enthält. Die Dunkelziffer liegt erheblich höher, denn aufgrund der vorgegebenen Datenerfassung werden in dieser Statistik nur Fälle erfasst, in denen die Täter nachweislich in Thüringen sind. Aber Cybercrime entwickelt sich zunehmend zum internationalen Ge-



Foto: MIT Thüringen

Von links nach rechts: Ehrenvorsitzender Gerd Albrecht, Landesvorsitzender Steffen Peschke, CDU-Landesvorsitzender Christian Hirte.

bene zurückzuführen. Die derzeit in vielen Gremien diskutierten Ursachen reichen von falschen personellen Entscheidungen, Ignoranz der Basiswünsche, Auswirkungen der Migrations- und Coronapolitik bis hin zu einem zunehmenden Verlust unseres „Markenkerns“.

In Thüringen kam noch ein zusätzlicher Vertrauensverlust durch die „Maskenaffäre“, die Wahl des FDP-Kandida-

schäftsmodell der Underground-Economy. Einige Straftäter entwickeln sogar Geschäftsmodelle wie quasi „Cybercrime as a Service“.

Auch melden sich viele Betroffene aus falscher Scham nicht, denn Kriminelle gehen laut LKA immer häufiger dazu über, die Unternehmen gleich doppelt zu erpressen. Einmal, indem sie die Programme verschlüsseln und für die Entschlüsselung Lösegeld verlangen. Zum anderen, indem sie drohen, gekaperte Datensätze zu veröffentlichen. Für viele Unternehmer ein inakzeptabler Image- und Vertrauensverlust beim Kunden, dem man lieber mit einer Löse-

geldzahlung begegnet. Die Unruhe unter den Delegierten stieg spürbar an, als Herr Nolte anhand verschiedener Beispiele aus Thüringen berichtete, dass die Angriffe sich nicht nur gegen umsatzstarke Unternehmen, sondern auch an Ein-Mann-Unternehmer richten. Im Falle eines Cybercrime-Vorfalles ist ein entschlossenes und schnelles Handeln erforderlich. Betroffene Unternehmer sollten sich direkt an die zentralen Ansprechstellen Cybercrime der Länder und des Bundes wenden. Die Thüringer Telefonhotline ist ab jetzt in einigen Handys mehr gespeichert.

Sachsen

Sachsen-MIT stellt Sylke Jennewein vor

Sachsen. Juristin aus Leidenschaft, 53 Jahre, verheiratet, eine Tochter, spielt Tennis und fährt Motorrad. Für ein Praktikum von Balingen (BaWü) nach Görlitz gekommen und der Liebe wegen geblieben. Nach der Bundestagswahl 2017 ist Sylke Jennewein dann in die CDU eingetreten. „Farbe bekennen und die demokratischen Grundwerte unserer freiheitlichen Ordnung aktiv vertreten“ war und ist bis heute ihre Motivation.

Als selbstständige Rechtsanwältin liegt der Wunsch nach einer Mitgliedschaft in der MIT auf der Hand. Seit 2019 ist Sylke Jennewein Mitglied im Kreisverband Görlitz, schon wenig später trat sie die Nachfolge von Helmut Goltz als Vorsitzende an. Seit Juli dieses Jahres ist sie auch Mitglied im Landesvorstand. „Die MIT ist für unsere Mitglieder eine Plattform der Vernetzung. Die Vielfalt der unterschiedlichen Professionen hilft andere Perspektiven zu erfahren, worin auch immer eine Chance für die eigene Entwicklung steckt. Mannigfaltige Veranstaltungen mit interessanten Gästen bieten zudem allen die Möglichkeit zum intensiven Austausch. Im Sommer 2020 hatten wir dann die erste Veranstaltung ‚Wirtschaft trifft Politik‘, das Feedback war absolut positiv. Diese Reihe werden wir mit ‚Wirtschaft trifft Kultur‘ und ‚Wirt-



Sylke Jennewein

Foto: privat

schaft trifft Wissenschaft‘ noch erweitern“, so Sylke Jennewein weiter.

Für die Region, den Landkreis Görlitz sei noch ein weiterer Aspekt wichtig: „Es ist in der Öffentlichkeit völlig unbekannt, welche hervorragenden Unternehmen in unserem Landkreis ansässig sind. Unternehmen mit sehr guten Arbeitsbedingungen und herausfordernden Arbeitsplätzen. Diese bieten eine gute Voraussetzung, um sich in unserem Landkreis niederzulassen. Wir planen daher Aktionen, die die Vorteile unserer Region noch transparenter machen“, verrät Jennewein. Und weiter: „Besonders wichtig ist mir auch noch die bessere Wahrnehmung der MIT als Bindeglied zu politischen Entscheidungsebenen und deren Akteuren. Eine weitere Aufgabe ist es, den Unternehmen in der Region zuzuhören.

Gerade die pandemische Lage stellt eine besondere Herausforderung dar.“

Um zu erfahren, wie die Betroffenheit der Wirtschaft vor Ort ist, führte sie mit Unterstützung des Mitglieds Herrn Dr. Friedrichs, eine Onlineumfrage für hiesige Unternehmen durch. Hierbei sollte auch der Umgang mit den Coronahilfen hinterfragt werden. Anhand der Umfrage wurden Handlungsstrategien erarbeitet. So zeigte sich, dass die Komplexität der Antragsstellung eine Herausforderung für die Unternehmen darstellte. „Hier könnte die Einbindung der Finanzämter eine Erleichterung und Verkürzung der Verfahrenswege bedeuten. Hieraus kann man schon erahnen, dass Entbürokratisierung und Verwaltungsmodernisierung ein wichtiger Arbeitsauftrag für mich sind“, stellte Sylke Jennewein fest.

Höhere Wertschöpfung durch mehr Wertschätzung

Stormarn. Für ihre aktuelle Podiumsdiskussion hatte sich die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Stormarn viel vorgenommen, denn auf dem Programm stand ein so komplexes Thema wie die „Zukunft von Landwirtschaft und Umweltschutz“. Als Gesprächspartner waren ins Schloss Reinbek eingeladen: Werner Schwarz, Präsident des Bauernverbands Schleswig-Holstein, Ingo Ludwichowski, Geschäftsführer des NABU Schleswig-Holstein, sowie Niclas Herbst, CDU-Abgeordneter für Schleswig-Holstein im Europäischen Parlament.

Kompetent moderiert wurde die Veranstaltung von Kirsten Voß-Rahe, Geschäftsführerin des Hofes Viehbrook in Rendswühren bei Neumünster und stellvertretende Vorsitzende der MIT Schleswig-Holstein.

Werner Schwarz betonte, wie wichtig ein solcher Dialogprozess sei, der in Schleswig-Holstein als Pakt für Landwirtschaft vom Bauernverband angeregt und im Herbst 2018 von Landwirtschaftsminister Jan Albrecht gestartet worden sei: mit einer sogenannten Zukunftskommission, in der 31 Vertreter aus verschiedenen Verbänden über gut zweieinhalb Jahre in Werkstattgesprächen darüber diskutiert hätten, wie Landwirtschaft im Jahr 2040 aussehen sollte.

Das Ergebnis seien 24 Thesen als eine Art Handlungsanleitung. Schwarz lobte, dass dieser Prozess im Gegensatz zu den Konfrontationen der 80er- und 90er-Jahre konstruktiver, kooperativer und dadurch auch effektiver abgelaufen sei.

Ingo Ludwichowski vom NABU stimmte ihm eingeschränkt zu: 20 bis 30 Jahre habe man heftig gestritten, jetzt sei ein Fundament gegenseitigen Verständnisses gelegt – doch die eigentliche Arbeit stehe erst an, denn das Thesenpapier müsse mit Leben erfüllt werden. Klimaschutz und Bewahrung biologischer Vielfalt, etwa durch Moor-

schutz, würden nicht einfach, wenn Interessen von Grundeigentümern betroffen seien. Politik und Verwaltung müssten in Zusammenarbeit mit Wissenschaft für die Landwirtschaft ökonomische und für den Klimaschutz effektive Lösungen ausformulieren. Er selbst sei unzufrieden mit dem, was im Agrarland Schleswig-Holstein, wo rund 70 Prozent der Fläche zur Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte genutzt würden, bisher erreicht sei. „Wir müssen davon wegkommen, nur allgemeine Absichten zu formulieren und uns stattdessen auf konkrete Ziele fokussieren.“

Dem widersprach Werner Schwarz direkt: „Wir in Schleswig-Holstein haben als erste den Dialogprozess begonnen“ – 2018 habe es noch keine Blaupause gegeben. Ingo Ludwichowski sagte, dass damit bereits vor 20 Jahren hätte begonnen werden müssen, es sei jedoch eine Chance, dass die Bedeutung des Klimaschutzes inzwischen allgemein erkannt worden sei und in der Breite der Gesellschaft diskutiert werde. Schwarz bezeichnete es als die größte Herausforderung, dass Klima- und Artenschutz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sind und möglichst alle mitgenommen werden müssten.

Dr. Martin Lüdiger, Vorsitzender der MIT Stormarn, interessierte besonders die Finanzierung dieser ökologischen Neuausrichtung. Seine Feststellung, dass die Landwirte auch weiterhin existieren können müssen, folgte die Frage: „Wie kommen wir zu höheren Preisen?“ Darauf antwortete NABU-Geschäftsführer Ludwichowski: „Der Preis spielt eine entscheidende Rolle. Wer in unserem System handelt, muss belohnt werden.“ Für Flächen, die zugunsten von Klima- und Artenschutz genutzt würden, müsse es eine Art Deckungsbeitrag geben. „Es ist Aufgabe der Politik, den Rahmen dafür abzustecken.“ Und: „Das funktioniert nur, wenn es keine unkonditionierten Direktzahlungen mehr gibt.“

Foto: MIT Schleswig-Holstein



Werner Schwarz, Präsident des Bauernverbands Schleswig-Holstein, Kirsten Voß-Rahe, stellv. Landesvorsitzende der MIT Schleswig-Holstein, Ingo Ludwichowski, Geschäftsführer des NABU Schleswig-Holstein, Dr. Martin Lüdiger, stellv. Landesvorsitzender und Kreisvorsitzender der MIT Stormarn und Niclas Herbst MdEP, CDU-Abgeordneter für Schleswig-Holstein im Europäischen Parlament.

Werner Schwarz knüpfte sofort daran: „Subventionierung muss künftig mit Umweltschutz verknüpft werden.“ So werde es in den kommenden zwei Förderperioden keine unkontrollierte Förderung mehr geben, stattdessen sollten Umwelt- und Klimaschutz betriebswirtschaftlich durch Verknüpfung mit Subventionen attraktiv gemacht werden: „Öffentliches Geld nur für öffentliche Leistung.“

Hierzu passten Fragen zu Tierhaltung, Tierwohl und Fleischpreis. Respekt vor der Kreatur, so eine Zuhörerin, sei der entscheidende Punkt beim Thema Fleischkonsum. Werner Schwarz sagte, dass Tierbestand und Fleischkonsum reduziert werden sollten – Verknappung werde Qualität und Preise („höhere Wertschöpfung durch mehr Wertschätzung“) steigern, wenn das nicht unterlaufen würde durch Billigimporte aus Ländern, die Standards nicht einhielten. „Pfade sind aufgezeigt, aber es müssen Entscheidungen folgen, in Brüssel und Deutschland“, sagte Schwarz.

Antworten auf viele dieser Fragen soll die Politik geben, die den Transformationsprozess steuern muss. Der EU-Parlaments-Abgeordnete Niclas Herbst skizzierte die gigantische Aufgabe: ein Drittel des Gesamthaushalts der EU fließe in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ein – „das zeigt die zentrale Bedeutung der Landwirtschaft für die Gemeinschaft“. Zehn

Millionen Betriebe mit einer Durchschnittsgröße von 17 Hektar gebe es in der EU, vom Großbetrieb mit mehr als 100 Hektar (drei Prozent insgesamt) bis hin zum kleinen Einfamilienhof in Osteuropa. Ein Paradigmenwechsel, so Herbst, sei notwendig, doch die Versorgungssicherheit habe Vorrang.

Außerdem würden ehrgeizige Programme wie die Halbierung der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (bis 2030) Zeit brauchen und innerhalb der Gemeinschaft auch gegen Widerstände einzelner Mitgliedsländer durchgesetzt werden müssen. Es bedürfe eines Vorhabenplans und ei-

ner nationalen Strategie, 2024 solle die Gemeinsame Agrarpolitik evaluiert werden, und es werde vermutlich bis 2027 dauern, bis der Paradigmenwechsel starte. Herbst: „Der Zug fährt in die richtige Richtung, aber wir dürfen nicht erwarten, dass er bald in den Bahnhof einfährt.“

Hessen

Der Held eröffnet stets die Story

Kassel. Wie lässt sich die Marketing-Botschaft adäquat bei der Zielgruppe unterbringen? Was ist zu tun, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Website, die E-Mail-Kampagne oder andere Vertriebsaktivitäten zu lenken? So lauteten Fragen, mit denen sich Holger Koenig in seinem Referat über Storytelling bei der Mitgliederversammlung der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Kassel im Schlösschen Schönfeld beschäftigte.

„Kommunizieren Sie möglichst simpel“, forderte Koenig sein Publikum auf. Er verwies darauf, dass in vielen Texten Expertensprache dominiere, meist allzu kompliziert formuliert werde. Das Gegenteil ziehe die Adressaten in den Bann. Gute Stories wirkten. „Sie kapern das Gehirn“, so der Referent. Menschen suchten Geschichten, das gelte weltweit. Während ein Film mehr als 30 Schritte benötige, reduziere sich die Zahl bei einer Marketing-Botschaft auf sieben.

Am Anfang steht immer der Held. „Und das ist nicht Ihr Unternehmen“, erklärte Koenig. Es gelte, das Bedürfnis des Kunden anzuregen. Interessiert ihn ein Rasenmäher? Nein, aber schöner Rasen! Im Anschluss sei das Problem zu benennen. In der Phase wirke der Held schwach. Wichtig sei, das Problem klarzumachen – das Problem des potenziellen Kunden. Dem werde ein Mentor zur Seite gestellt. Frei nach dem Motto: „Wir helfen dem Kunden, das Problem zu lösen.“

Der nächste Schritt thematisiere das Risiko vor der Entscheidung, etwa in finanzieller oder persönlicher Hinsicht. Es komme darauf an, einen Plan zu offerieren. Schließlich erreiche man den Moment, in dem Aktion gefragt sei. „Dazu muss etwas auf dem Spiel stehen“, formulierte der Fachmann von Caesar & Harrison. Es sei ein Bild zu entwerfen, das die guten Aussichten deutlich mache – wenn der Kunde das Produkt (oder die Dienstleistung) kauft. Das funktioniere auch umgekehrt. Nämlich im negativen Sinn, wenn die Konsequenzen für den Fall klar werden, dass der Kunde nicht kauft. Alles müsse in sich schlüssig verlaufen. Denn: „Wer verwirrt, verliert“, unterstrich Koenig.

Stefan Sotzek wiedergewählt

In seinem Bericht skizzierte Stefan Sotzek die Ziele, für die die MIT arbeitet. Der Vorsitzende hob das Primat der Freiheit hervor und betonte: „Wir sind überall dort präsent, wo der Mittelstand zuhause ist“. Sotzek sprach Erfolge an, an der seine Organisation mitgewirkt habe. Von der Flexi-Rente spannte sich der Bogen über die verminderte kalte Steuerprogression bis zum reduzierten Solidaritätszuschlag und dem Entzug von Bundesmitteln für die Deutsche Umwelthilfe.

Es gehe darum, Bürokratie abzubauen und Start-Ups eine bessere Finanzierung zu ermöglichen. In dem Sinne



Stefan Sotzek: „Der Staat muss sich auf seine primären Aufgaben konzentrieren.“

verstehe sich die bundesweit 30.000 Mitglieder starke MIT als Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Politik, die sich dafür einsetze, die deutschen Innenstädte zu beleben und den stationären Einzelhandel zu stärken. „Der Staat muss sich auf seine primären Aufgaben konzentrieren. Er hat nicht alles zu regeln“, so Sotzek.

Bei den von Markus Braband moderierten Wahlen zum Vorstand bestimmten die Mitglieder folgendes neues Leitungsgremium: Stefan Sotzek (Vorsitzender), Jonas Pflücker (stellv. Vorsitzender), Tim Wrotny (Schriftführer), Carsten Beister (Schatzmeister). Waltraud Stähling-Dittmann agiert als Beisitzerin, Philipp Bock und Patrick Weilbach fungieren als Kassenprüfer.

In seinem Ausblick erklärte Sotzek, die Mitgliedergewinnung stehe ganz oben auf der Agenda. Der neue Vorstand wolle mehr attraktive Veranstaltungen organisieren, die 2022 stattfindende documenta biete dazu Gelegenheiten. Darüber hinaus strebe die MIT an, ihre Präsenz lokal sowie regional zu erhöhen und die Vernetzung mit Vereinen und Verbänden der Wirtschaft voranzutreiben.

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsunion
 Bundesgeschäftsstelle
 Schadowstraße 3 · 10117 Berlin

Redaktion

V. i. S. d. P. für die MIT-Landesverbände:

- Baden-Württemberg: Ulla Müller-Eisenhardt
 mueller-eisenhardt@mit-bw.de
 Andrea Birringer
 birringer@mit-bw.de
- Bayern: Alexander Gropp
 mu@csu-bayern.de
 Carsten Gloyna
 Carsten.Gloyna@csu-bayern.de
- Berlin: Stefan Böhm
 stefanboehm@mit-berlin.de
- Brandenburg: Hans-Peter Pohl
 hppohl@mit-bb.de
- Bremen: Kai Stadie
 stadie@mit-bremen.de
- Hamburg: Oliver Spatz
 info@mittelstand-hamburg.de
- Hessen: Lukas Henke
 geschaeftsfuehrer@mit-hessen.de
- Mecklenburg-Vorpommern: Patrick Sevecke
 info@mit-mv.de
- Niedersachsen: Steffen Preugschat
 preugschat@mit-niedersachsen.de
- Nordrhein-Westfalen: Stefan Simmnacher
 stefan.simmacher@mit-nrw.de
- Rheinland-Pfalz: Helmut Klapheck
 helmut.klapheck@mit-rlp.de
- Saarland: Sarah Gillen
 s.gillen@cdu-fraktion-saar.de
- Sachsen: Elaine Jentsch
 elaine.jentsch@mit-sachsen.de
 Silvia Füßl
 presse@mit-sachsen.de
- Sachsen-Anhalt: Tobias Schmidt
 schmidt@cdufraktion.de
- Schleswig-Holstein: Thomas Klömmer
 mit@cdu-sh.de
- Thüringen: Prof. Dr. Regina Polster
 MIT@cdu-erfurt.de

Verlag und Druck

Union Betriebs-GmbH (UBG)
 Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
 Telefon: 02226-802-213
 Telefax: 02226-802-222
 E-Mail: verlag@ubgnet.de oder
 mit-mittelstandsmagazin@ubgnet.de

Projektleitung

Sonja Bach-Meiers
 E-Mail: verlag@ubgnet.de

Redaktion

Gabriele Grabowski
 E-Mail: mit-mittelstandsmagazin@ubgnet.de

Art-Direktion

UBG, Betriebsstätte Berlin

Titelbilder

MIT NRW/Rochlitzer, Wankum; CDU NRW/
 Sondermann, MIT Wolfenbüttel, MIT BaWü,
 MIT Hamburg, MIT Rlp, MIT Bad Aibling,
 MIT Thüringen, privat, MIT Schleswig-Holstein,
 Mario Zgoll, MIT Storman

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung
 nur mit Genehmigung der MIT.

Migranten für den deutschen Arbeitsmarkt



Foto: MIT Storman

Von links nach rechts: Joachim Ossmann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Bremen; Thomas Ventzke Kreisvorsitzender/stellv. Landesvorsitzender MIT; Thomas Kurzke, Präses der Handwerkskammer Bremen; Prof. Dr. Hans-Christian Petersen vom Institut Imis der Universität Osnabrück.

Bremerhaven. Eine Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und eine gezielte Arbeitskräfte-Anwerbung im Ausland – das ist nach Ansicht der Agentur für Arbeit und der Handwerkskammer die richtige Strategie gegen den zunehmenden Fachkräftemangel.

Der Kreisvorsitzende der MIT Bremerhaven, Thomas Ventzke, begrüßte viele Besucher aus den verschiedensten Branchen zu einem aktuellen Thema im Lande Bremen: Zum einen Fachkräftemangel, zum anderen eine hohe Arbeitslosenquote. Aus diesem Grund hat die MIT Bremen die zwei wichtigsten Institutionen des Landes dazu eingeladen: die Handwerkskammer Bremen und die Agentur für Arbeit.

Die Lage sei ernst, machte Thomas Kurzke, Präses der Handwerkskammer Bremen, deutlich: „Haben wir vor Corona nur von einem Fachkräftemangel gesprochen, haben wir jetzt einen massiven Arbeitskräftemangel in allen Bereichen“, meinte er mit Blick auf Bereiche wie die Hotel- und Gaststättenbranche. Einen gravierenden Mangel gebe es in der Pflege, im Erzie-

hungsbereich, bei Ärzten – und im Handwerk. „Hier werben sich die Betriebe bereits gegenseitig die Arbeitnehmer ab.“ Zwar gebe es im Bundesland eine hohe Arbeitslosigkeit, aber auch die Arbeitslosen reichten nicht aus, um die Lücken zu füllen. In Deutschland fehlten aktuell schon 2000 Maurer. Man müsste eigentlich jedes Jahr 400.000 Arbeitskräfte weltweit suchen. „Dazu benötigen wir ein Einwanderungsgesetz, wie es Kanada und Australien haben.“ Beide Länder bauen darauf, mit gezielter Zuwanderung einem Arbeitskräftemangel entgegenzutreten zu können.

Dass konnte auch Joachim Ossmann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Bremen, nur unterstreichen. Er bezeichnete den demografischen Verlauf als „Kurve des Grauens“, die in den kommenden fünf Jahren Fahrt aufnehmen – „also quasi übermorgen“. Um das auszugleichen, bedürfe es einer bedarfsgerechten Zuwanderung. „Die ist anders als die Migration aus humanitären Gründen“, machte er deutlich und verwies auf die gezielte Zuwanderung türkischer Arbeitnehmer Anfang der 1960er Jahre. Aktuell erfolge diese bedarfsgerechte Anwerbung bereits in zwei Bereichen: bei Erziehern und Pflegekräften. „Im Bundesland Bremen kommen bereits in einer zweiten Welle Fachkräfte aus Spanien und Mexiko. Es gibt auch Vereinbarungen mit Indonesien, Brasilien und den Philippinen“, berichtete Ossmann. Hierbei seien aber zwei Aspekte wichtig: Zum einen dürfe die Anwerbung nicht zum Ausbluten der Herkunftsländer führen – deshalb die Vereinbarungen –, zum anderen müsse man diesen Menschen aber auch eine langfristige Perspektive geben. „Das heißt, dass man sie nichtzurückschickt, wenn der Boom vorbei ist“, betonte der Chef der Agentur für Arbeit.